

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tagesblatt Rieser,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1530,
Circuloffiz:
Rieser Nr. 52.

Nr. 151.

Mittwoch, 2. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Weniglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Verschlussort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. J. Zeißgräber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Zur Reform der Sozialversicherung.

Während die ganze Öffentlichkeit durch die Feiern anlässlich der Befreiung des Rheinlandes in Anspruch genommen ist, hat im Reichstag die sozialpolitische Debatte ihren Fortgang genommen. Dabei handelt es sich um ein Thema, das aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen das Interesse des gesamten Volkes beanspruchen muß, denn die Reichsregierung plant bekanntlich sowohl bei der Arbeitslosenversicherung als auch bei der Krankenversicherung ziemlich einschneidende Reformen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat sich in wiederholten und sehr energischen Reichstagsreden für eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung der Sozialversicherung ausgesprochen. Er hat auf die unbekendbare Tatsache hingewiesen, daß der Arbeiter heute 15 Prozent seines Lohnes in Gestalt von Versicherungsbeiträgen abzuführen hat. In diesem Zusammenhang begründete er die von ihm geplante Reform der Krankenversicherung, die das Ziel hat, ein Prozent dieser Belastung durch Ersparnismaßnahmen abzubauen, wobei nach der Ansicht des Ministers die Interessen der Kranken in keiner Weise gefährdet zu werden brauchen.

Bekanntlich handelt es sich bei der Krankenversicherung in erster Linie um die Ausbuchtung der sogenannten Bagatelldfälle. Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Krankenversicherung häufig in Fällen benutzt wird, in denen niemand ärztliche Hilfe oder Heilmittel in Anspruch nehmen würde, wenn er gezwungen wäre, dafür ganz oder teilweise zu bezahlen. Die Novelle zur Krankenversicherungsordnung, mit der sich der Reichstag demnächst beschäftigen wird, sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, die die ungerechtfertigte Inanspruchnahme der Versicherungseinrichtungen erschweren soll. Dazu gehört u. a. die Erhebung einer Gebühr für den Krankenschein, die Beteiligung der Versicherten an den Arzneimittelkosten und die Berechnung des Krankengeldes nach Arbeitslohn, nicht wie bisher nach Kalendertagen. Außerdem soll eine Reform des kassenärztlichen Dienstes durchgeführt werden. Die deutsche Arbeitskraft hat kürzlich auf ihrer diesjährigen Tagung in Kassel schärfsten Protest gegen die hier beschlossenen Resolutionspunkte eingelegt, durch die nach ihrer Meinung die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen des Berufsstandes auf das Schwerste beeinträchtigt werden müssen. Bisher ist es nicht gelungen, eine Verständigung über diese für die Volksgesundheit grundlegend wichtige Frage zu finden. Denn ein Konflikt zwischen der Arbeitskraft einerseits, der Regierung und den Krankenkassen andererseits müßte, gleichgültig wie immer er ausfällt, zu einer Schädigung der Gesundheitsinteressen des deutschen Volkes führen. Deshalb erwartet man in parlamentarischen Kreisen, daß diese Seite des Finanzprogramms der Reichsregierung gründlich nachgeprüft wird, wobei der Gesichtspunkt der Ersparnisse in der Krankenversicherung natürlich obenan stehen muß.

Das noch befehete Gebiet.

Reichspräsident und Reichsregierung drücken in ihrem Aufruf aus, es möge bald der Tag kommen, da auch das Saargebiet frei werde.

Das Saargebiet ist bekanntlich auf Grund des Artikels 45 des Versailler Vertrages auf 15 Jahre der Verwaltung durch eine vom Völkerbund eingesetzte fünfgliedrige Regierungskommission unterstellt worden. Die Regierungsgewalt des Deutschen Reiches, Preußens und Danemarks im Saargebiet ist während dieser Zeit aufgehoben. Diese indirekte Befehung ist getroffen worden um den Franzosen die ungehörte Ausdehnung des Saar-Kohlenbeckens zu gewährleisten. Frankreich hat jedenfalls im Saargebiet die größten Rechte, denn im Saargebiet gilt das französische Geld, die Franzosen haben Berechtigungen erhalten, französische Schulen und Krankenhäuser zu errichten. Die oberste Gerichtsbarkeit ist ein internationaler Gerichtshof mit dem Sitz in Saarlouis aus. Die Saardemohner dürfen nicht zum Militär eingezogen werden und haben nur das bürgerliche Wahlrecht. Das dem Deutschen Reich entzogene Saargebiet erstreckt sich saarabwärts über die Saar-Kohlenbecken hinaus, umfasst die Südecke der preussischen Rheinprovinz, ist 1494 Quadratkilometer groß und hat etwa 600 000 Einwohner. Die Westecke der bayerischen Pfalz ist 487 Quadratkilometer groß und hat etwa 900 000 Einwohner. Außer den Kohlenruben gibt es im Saargebiet Eisen- und Gitternwerke und auch eine lebhaft blühende Glas- und Steinindustrie. Nach den Bestimmungen soll die Saardemohner vor Ablauf der 15 Jahre entscheiden, ob sie zu Deutschland zurückkehren wollen. Französische Propaganda hat sich bemüht, die Sympathien der rheinischen Bevölkerung zu erobern, was ihr nicht gelungen ist. Schon jetzt steht fest, daß bei einer Abstimmung die gesamte Bevölkerung die Rückkehr zu Deutschland verlangen würde. In diesem Falle hätte das Deutsche Reich die Berechtigung, die Saarruben zurückzukaufen. Die Verhandlungen wegen früherer Rückgabe des Saargebietes sind außerordentlich schwierig, dennoch wird damit gerechnet, daß sie mit einer frühzeitigen Freigabe auch des Saarlandes enden.

Befreiungsfeier der Deutschen in Rio de Janeiro.

Rio de Janeiro. Die deutsche Kolonie hat die Stänmung des Rheinlandes festlich begangen. Der deutsche Weiland hat bei dieser Gelegenheit eine Ansprache.

Die Haushaltberatungen im Reichstag.

Annahme der Haushalte des Auswärtigen Amtes und des Reichsarbeitsministeriums.

Die Misstrauensanträge gegen Dr. Curtius und Dr. Stegerwald abgelehnt.

von Berlin, 1. Juli.

Präsident Pöbe teilte bei Eröffnung der Dienstag-Sitzung des Reichstages mit, daß vom österreichischen Nationalrat ein Glückwunschschreiben an den Reichstag aus Anlaß der Rheinlandbefreiung eingegangen sei.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der am Schluß der gestrigen Sitzung verlesene Antrag auf gesetzliche Festlegung der Wehrpflicht, der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichnet ist.

Abg. Torgler (Komm.) erklärt, der Antrag sei eine nationalsozialistische Demonstration zum Zwecke der Täuschung der werktätigen Massen.

Ohne weitere Aussprache wurde der Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Die zweite Beratung

des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

wurde dann fortgesetzt. Verbunden damit wurde die gestern schon besprochene Novelle zur Krankenversicherung.

Abg. Bühl (Dem.) verlangt die schleunige Vorlegung des Arbeitslohngesetzes. Dabei müßten auch die völlig veralteten Lohnschlüsselbestimmungen der Gewerbeordnung einer Revision unterzogen werden.

Abg. Wönte (Christl.-Nat. Bauernp.) erklärt, die Reform der Krankenversicherung sei dringend notwendig. Jetzt werde die Kasse in unerhörter Weise ausgenutzt. Für die Bauern sei die Steigerung der Soziallasten unerträglich geworden. Für die Kleinrentner müsse besser gesorgt werden.

Abg. Dr. Pfeiffer (Dov.) führt aus, die in den letzten zehn Jahren getriebene Sozialpolitik trage ein gutes Stück Schuld an den Zuständen, die heute in der Wirtschaft herrschen. Die vorgeschlagene Reform der Krankenversicherung zeige einen gangbaren Weg, aber man müsse den Innungs- und Krankenkassen und den Erbschaften freie Entwicklungsmöglichkeit lassen. Solche Kassen müßten auch für den Handel eingerichtet werden. Die Reform der Invalidenversicherung dürfe nicht zu lange verzögert werden. Das neuere Arbeitsrecht mache die Betriebe ungewinnlich und hindere sie an der Überwindung der Wirtschaftskrise. Das Washingtoner Arbeitszeit-Abkommen lehnen wir ab. Wir wählen an die Stelle des starren Arbeitsrechts wieder mehr wirtschaftliche Freiheit.

Abg. Frau Krenschke (Komm.) lehnt Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherung ab und bekämpft die Novelle zur Krankenversicherung.

Abg. Wed (Str.) verlangt stärkere Förderung der Steinarbeit besonders im Osten. Ganz besondere Fürsorge sollte der Landarbeiter-Siedlung gewidmet werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erklärt es für richtig, daß das Arbeitsministerium bei der Abfassung der Novelle zur Krankenversicherung die Forderungen der Arbeitgeberverbände übernommen habe. Die Vorlage sei schon lange vor dem Erscheinen der Richtlinien der Arbeitgeber vorbereitet worden. Sie weicht in sehr wesentlichen Punkten von den Vorstellungen der Arbeitgeber ab. Die auf dem Krankentag vorgeschlagenen Reformvorschlüsse seien in der Vorlage berücksichtigt worden, doch sei in der Novelle auf die Interessen der Versicherten noch mehr Rücksicht genommen. Die Aufwendungen der Krankenkassen für Arznei und Apotheker sind zweifellos übertrieben hoch. Sie betragen im Jahre 600 Millionen RM., während nur 225 bis 300 Millionen erforderlich wären, wenn man jedem Krankenarzt das sehr hohe Gehalt von 15 000 RM. geben wollte. Eine Verbilligung der Arznei ist heute nicht mehr möglich. Für die Notlage der Kleinrentner habe ich volles Verständnis, bei der letzten Finanzlage können wir aber nicht ein Kleinrentnerversorgungsgesetz für die nächste Zeit in Anspruch stellen. Zur Finanzierung der produktiven Erwerbslosenfürsorge schweben gegenwärtig Verhandlungen über eine Anleihe mit einer ausländischen Bank.

Abg. Frau Dr. Alders (Dem.) tritt für Ausdehnung der Wöchnerinnenfürsorge und für Gewährung von Stillsitzen ein. Der Arbeitsbeschaffung sei leider zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Die dafür ausgegebenen Mittel seien besser angelegt als die für Unterhaltungen. Die Wehagen der Arbeitslosen dürften nicht weiter abgebaut werden, aber den in der Versicherung vorhandenen Möglichkeiten müsse ein Ende gemacht werden. Ein guter Weg dazu sei die Einführung von Gefahrenlöhnen. Am Arbeiterschutz halten wir fest, aber er muß vereinfacht werden. Eine Reform der Krankenversicherung stimmen wir zu, aber wir warnen auf diesem Gebiet vor einer falschen Sparpolitik, die zu einer Schädigung der Volksgesundheit führen könnte.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Präsident nimmt nun die in der vorigen Woche zurückgestellten

Abstimmungen zum Haushalt des Auswärtigen Amtes

vor.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Gehalts des Ministers wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wurde dann der Misstrauensantrag gegen den Reichsanwaltschaftsminister Dr. Curtius, der gleichzeitig von den Deutschnationalen und von den Kommunisten eingegangen ist, mit 293 gegen 121 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dafür haben die Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten gestimmt.

Angenommen wurde die Entschließung der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, die sich gegen Brenneisen-Hilber im Seebrügger Kriegsmuseum wendet, ebenso die demokratische Entschließung auf Ratifikation der Genfer Handelskonvention.

Weiter werden angenommen eine Entschließung, in der die Förderung des Ausländerstudiums in Deutschland verlangt wird und eine weitere, die Verhandlungen mit Österreich wegen der Anerkennung der akademischen Grade wünscht.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde in der Ausschussfassung mit geringen Änderungen angenommen.

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Der kommunistische Misstrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald wurde in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 61 Stimmen bei 193 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Entschließung auf Einführung eines Arbeitsdienstjahres wurde gegen die Stimmen der Rechten und der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Angenommen wurde eine Entschließung Bühl (Dem.), die sich gegen den übertriebenen Warenhandel nach Lebensmitteln wendet.

Die Entschließung Dr. Steiniger (Dnat.) auf Verhinderung des Zuzugs von Wohnungs- und Arbeitslosen nach der Großstadt wurde dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mittel für Kinderheimen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Verschiedene Anträge und Entschließungen auf Reformen in der Invalidenversicherung werden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, ebenso die mit der Haushaltsberatung verbundene Novelle zur Krankenversicherung.

Angenommen werden die Ausschuss-Entscheidungen, in denen die Vorlegung von Material über die Frage des Ausbaus der Invalidenversicherung, die Sicherung des Wahlgebietes bei der Vertreterschaft an Angehörigen, Erbschaften und Verhandlungen zur Abwendung der Verlegung des Wandfeller Bergbaus verlangt werden.

Das Internationale Übereinkommen über den Fernverkehr der Schiffsleute wird in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Rechten und der Wirtschaftspartei angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag auf Veränderung des Arbeitsgerichtsgesetzes geht an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird in der Ausschussfassung bewilligt.

Um 7 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 3. Juli. Auf der Tagesordnung stehen die 3. Beratung des Amnuchengesetzes, der Haushalt für Versorgung und kleinere Vorlagen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages

begann am Dienstag die Beratung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die ersten Bestimmungen des Gesetzes wurden im wesentlichen unanändert vom Ausschuss angenommen. Darin wird bestimmt, daß Arbeitskräfte in gehobener Stellung bei den Arbeitsämtern, die nicht Sachkräfte sind, vom Vorstehen des Landesarbeitsamtes nach Anhörung des Vorstehenden des Arbeitsamtes gestellt werden. Weiter kann der Vorstand Sachkräfte der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter, soweit sie Beamte oder Dauerangestellte sind, verliehen oder anderweitig verwenden, wenn dies im dienstlichen Interesse erforderlich ist.

Ferner wurde folgende Bestimmung angenommen: „Hat im letzten Geschäftsjahr der Bedarf der Reichsanwalt aus den Beiträgen, dem Notlohn und den Zuschüssen des Reiches nicht gedeckt werden können, und sind am 1. Juli des laufenden Geschäftsjahres Darlehen, die das Reich der Reichsanwalt gewährt hat, noch nicht zurückgezahlt, so bestimmt der Vorstand, inwieweit für einzelne Haushalte festgesetzte Beträge auf andere Haushalte übertragen werden können.“